

Widerstand und Verfolgung im Kreis Fürstfeldbruck

Sozialgeschichtliche Beiträge aus dem Landkreis Fürstfeldbruck III

Von Manfred Bosch

In Heft 2/82 dieser Zeitschrift hat Dr. Anton Großmann versucht, für den Bereich eines einzelnen Landkreises – nämlich Dachau – ein Bild zu geben vom Verhalten der Bevölkerung während des Nationalsozialismus. Der Autor hat sich dabei auf Material gestützt, wie es in langjähriger und methodisch neuartiger Weise im Münchner Institut für Zeitgeschichte erschlossen und aufgearbeitet wurde!¹ Unabhängig davon war seit längerer Zeit dieser Artikel zum selben Thema mit Bezug auf den Kreis Fürstfeldbruck geplant, der sich – kaum zufällig – im großen und ganzen desselben Materials bedient wie Großmann.

Wenn im folgenden versucht wird, die Konflikte zwischen Bevölkerung und NS-Stellen in einem weiteren Landkreis des Amperlandes darzustellen, so ergeben sich gleichzeitig reizvolle Möglichkeiten des Vergleichs zwischen den beiden Landkreisen – sowohl was Gemeinsamkeiten wie Unterschiede betrifft. Wo sich Großmann allerdings fast ausschließlich dem strukturgeschichtlichen Ansatz der Resistenz verpflichtet fühlte, soll im Bezug auf Fürstfeldbruck daneben auch die eher traditionelle Fragestellung von »Widerstand und Verfolgung« Berücksichtigung finden?²

Die politischen und strukturellen Voraussetzungen des Landkreises Fürstenfeldbruck sind relativ klar geschieden durch die Existenz eher proletarisch-kleinbürgerlicher Siedlungen im Osten des Landkreises mit der Arbeiterschaft als vorherrschender sozialer Schicht (Olching, Gröbenzell, Puchheim, Eichenau, Esting) bzw. mit handwerklich-kleinbetrieblicher Ausprägung in Fürstenfeldbruck selbst, während der Westen und Norden des Landkreises erwerbsmäßig eindeutig bäuerlich-handwerklich bestimmt ist. Seinen politischen Ausdruck findet dieser Umstand nicht zuletzt in der politischen Orientierung, die im folgenden am Beispiel des Wahlverhaltens kurz skizziert werden soll.

Tabelle 1: Wahlbewegung im Kreis FFB 1932/33

Partei Wahl vom	BVP	SPD	NSDAP	KPD	Kampffront Schwarz- Weiß-Rot	Bauern- u. Mittelst.- Partei
31. 7. 1932	8845	2590	3230	1436	377	1158
6. 11. 1932	7699	2431	2668	1673	515	1710
5. 3. 1933	6770	2521	6782	1052	561	1501

(Nach Fürstenfeldbrucker Wochenblatt vom 7. März 1933)

In der Wahl vom 5. März 1933 hatte die BVP ihre Stellung als stärkste Partei knapp zugunsten der NSDAP verloren. Gegenüber der Wahl vom November 1932 hatte die NSDAP ausnahmslos in allen Orten und Wahlbezirken des Landkreises zum Teil erheblich zugenommen; der Zuwachs vom November 1932 bis März 1933 betrug stattliche 4114 Stimmen.³ Demgegenüber konnten SPD und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot ihre Positionen bei leichten Gewinnen halten (+ 90 resp. + 46), während die anderen Parteien an Stimmen verloren: die KPD – 621 (nunmehr 5,4%); die BVP – 929 (34,7%); die praktisch bedeutungslose DVP – 90 (unter 1%) und die Bauern- und Mittelstandspartei – 209 (7,7%). Die NSDAP-Stimmengewinne kamen relativ einheitlich aus dem gesamten Landkreis, während die Orte, in denen die BVP weiterhin stärkste Partei blieb, bis auf ganz wenige Ausnahmen dem fast rein agrarischen Westen und Norden angehören.⁴ Orte, in denen die NSDAP unter 20% der Stimmen erreichte, also überdurchschnittlich schlecht abschnitt, gehören durchweg zum Typus der bäuerlich-strukturschwachen Kleindörfer mit dominierendem BVP-Stimmenanteil an: Aich (NSDAP-Stimmenanteil im März 1933: 12,7%), Dünzelbach (13,8%), Grunertshofen (8,5%), Hausen bei Geltendorf (17,5%), Landsberied (15,8%), Luttenwang (16,2%), Malching (13,3%), Puch (14,3%), Purk (4%) und Wenigmünchen (13,1%).⁵ Interessanterweise gehören zu diesem Dorftypus aber auch einige Gemeinden, die über 50% NSDAP-Stimmenanteil aufweisen: Altheggenberg, Baierberg, Ebertshausen, Geltendorf, Hausen bei Hofhegenberg, Hofhegenberg, Mittelstetten, Steindorf, Tegernbach und Unterschweinbach. Dieser NSDAP-Dominanz steht im Landkreis-Osten eine Reihe von Gemeinden gegenüber, die traditionell links wählten; so waren beispielsweise SPD und KPD gemeinsam in Germering, Maisach I und II, Olching I, Puch, Puchheim II und in Unterpaffenhofen stärker als die NSDAP, in Emmering, Alling II, Esting

und Olching II annähernd so stark wie diese. Die SPD allein war in Maisach I, Olching und Puch stärker als die NSDAP.

Widerstand und Resistenz

Die hier angedeuteten Unterschiede in der politischen Orientierung – vor allem, was den Gegensatz zwischen eher »proletarischem« Osten und mehr »agrarischem« Westen und Norden des Landkreises angeht – finden ihren Niederschlag in der Art und Qualität der Opposition gegen den Nationalsozialismus. Inwieweit konnte das neue Regime mit einer – wenn auch vorsichtig-abwartenden – Loyalität rechnen, inwieweit stieß es auf Skepsis oder instinktive Ablehnung oder gar Feindschaft; inwieweit mußte es mit der Bereitschaft zu risikoreichem und prinzipiellem Widerstand rechnen? Für solche Fragen ist der angedeutete Unterschied zwischen Resistenz – als einer mehr traditionell bestimmten Form der Anti-Haltung – und Widerstand – verstanden als politisch bewußte Reaktion auf den Faschismus – wichtig. Ohne Ausschließlichkeit und grob typisierend gesagt, kann man den Begriff des Widerstandes eher auf den Osten des Landkreises anwenden, den der Resistenz mehr auf den Westen; der Bereitschaft zur grundsätzlichen Opposition hier entsprach eine mehr punktuelle im ländlichen Bereich, die sich vielfach erst im Laufe der nationalsozialistischen Gleichschaltungsmaßnahmen und im Zuge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen herausbildete. Deutlich zeigt sich das in unserer Aufstellung, die in chronologischer Abfolge 195 Fälle von Konflikten zwischen Bevölkerung und NS-Stellen und -Vertretern aufzählt. Die erste Welle der Verfolgungsmaßnahmen stellt Schutzhaftnahmen dar und galt vor allem der organisierten Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung, um deren Ausschaltung es dem Nationalsozialismus als betont anti-kommunistischer Bewegung vorrangig zu tun sein mußte; danach sind es mehr und mehr »Delikte« aus dem mittelständischen, kleinbürgerlich-landwirtschaftlichen Bereich, die eine Strafverfolgung der Nationalsozialisten nach sich zogen. Im Vordergrund stehen dabei Äußerungen gegen das Regime, bestimmte Maßnahmen bzw. Einrichtungen und gegen deren – auch örtliche – Repräsentanten; sogenannter organisierter Widerstand kam über Pläne und Ansätze nicht hinaus (dazu Näheres im 2. Teil dieser Arbeit). Die strafrechtliche Verfolgung oblag in vielen Fällen der NS-Sondergerichtsbarkeit – den Sondergerichten, in unserem Falle dem Sondergericht München. Die beiden Hauptprovenienzen, auf denen unsere Zusammenstellung der Einzelfälle von Widerstand, Resistenz und Verfolgung basiert, sind denn auch einerseits die Schutzhaftakten des Landkreises Fürstenfeldbruck,⁵ andererseits die einschlägigen, bereits nach Landkreisen zusammengefaßten Fallsammlungen, wie sie im Zusammenhang mit dem erwähnten Forschungsprojekt »Bayern im NS« des Instituts für Zeitgeschichte erhoben und dokumentiert worden sind.⁶ Diese letztere Provenienz umfaßt u. a. Anklagen und Urteile des Sondergerichts München; aus ihnen wurde eine Auswahl der den Kreis Fürstenfeldbruck betreffenden Fälle getroffen, die einer kurzen Erläuterung bedarf. Im einzelnen Fall ist die Entscheidung keineswegs leicht. Relativ unproblematisch mag die Vernachlässigung von Delikten erscheinen, die

unter jeder staatlichen Herrschaft gerichtlich verfolgt werden, wie beispielsweise Diebstahl und Unterschlagung. Der Diebstahl, den ein kriegsgefangener Pole begeht, bekommt jedoch nur zu leicht eine politische Bewertung; und wie steht es mit einer Schwarzschlachtung, deren Bestrafung in keinem Verhältnis mehr zur Schwere der Tat steht? Man muß die Problematik eines solchen Versuchs der Zuordnung – »Resistenz/Widerstand« oder gewöhnliche Kriminalität? – wohl noch grundsätzlicher sehen: Verhaltensweisen – wie sie hier zu Konflikten und Strafverfolgungen geführt haben – stehen immer in einem festumrissenen Lebenszusammenhang, sind eingebettet in Situationen und Haltungen, Denk- und Fühlweisen. Diese zu rekonstruieren – wie es für eine genaue Bewertung eines Falles notwendig wäre – ist heute so gut wie nicht mehr möglich. Fehlinterpretationen und Täuschungen sind – was die subjektive Haltung des Strafverfolgten betrifft – so oder so nicht auszuschließen. Mag hier eine Äußerung aus Verärgerung eine antifaschistische Entscheidung vorspiegeln, die ihr objektiv nicht zukommt, so ist es dort die scheinbare Unbedarftheit einer überlieferten Äußerung, die nichts mehr von der Ernsthaftigkeit erkennen läßt, mit der sich jemand mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat. Vor dem Hinter-

grund solcher Bedenken und Einschränkungen will die folgende Zusammenstellung verstanden und gelesen werden.

Bei der Gedrängtheit der Angaben, die die wichtigsten Daten zusammenfassen möchten, ließen sich Vereinfachungen und Abkürzungen nicht vermeiden.

Es bedeuten:

SH	Schutzhaft
Reichsb.	Reichsbanner
SoG	Sondergericht
Erm	Ermittlung(en)
Anz	Anzeige
FrSpr	Freispruch
V. e.	Verfahren eingestellt
BPP	Bayer. Politische Polizei
T	Tag(e)
W	Woche(n)
M	Monat(e)
J	Jahr(e)
G	Gefängnis
Z	Zuchthaus
E	Ehrverlust

Die Anonymisierung der Betroffenen war aus Gründen des Personenschutzes geboten.

Lfd. Nr.	Name	Wohnort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahmen	Datum	Grund/Sonstige Anmerkungen
1 K., Johann	Althegnenbg.	Weber		SH		25. 1. 33	Ehem. Funktionär d. Anarcho-Syndikalisten.
2 St., Willy	F'bruck	Hilfsarbeiter	KPD	SH		24. 2. 33	KPD-Funktionär.
3 S., Ludwig	F'bruck	Maurer		SH, KZ		31. 2/	
4 W., Hans	Maisach			SH		1. 8. 33	»Hetze geg. Maßnahmend. Reichsregierung«.
5 R., Franz	Esting	Hilfsarbeiter		SH		13. 3. 33	
6 S., Jakob	Graßlfing			SH		15. 3. 33	»Wegen politischer Betätigung«.
7 M., Florian	Olching	Fabrikarb.	Reichsb.	SH		15. 3. 33	»
8 B., Karl	Olching	Schmied		SH		15. 3. 33	Besitz von Waffen u. kommunist. Schriften.
9 S., Georg	Puchheim	Gärtner		SH		19. 3. 33	Widerstand gegen die Gendarmerie.
10 B., Peter	Puchheim	Arbeiter		SH		20. 3. 33	»
11 B., Josef	Puchheim	Arbeiter		SH		20. 3. 33	»
12 B., Martin		Landwirt		SH		20. 3. 33	»
13 G., Sebastian	Puchheim	Bankvertreter		SH		20. 3. 33	»
14 Sch., Hermann	Puchheim	Gütler		SH		20. 3. 33	»
15 H., Franz	F'bruck	Schriftleiter		SH		24. 3. 33	Kritische Haltung zum Regime.
16 T., Josef	Olching	1. Bürgerm.	Reichsb. SPD	Amtsenth. / SH		25. 3. 33	
17 E.	Olching	3. Bürgerm.		Amtsenth.		3. 7. 33	
18 N.	Alling	1. Bürgerm.		Amtsenth.		25. 3. 33	
19 B.	Gernlinden	Ortsführer		Amtsenth.		25. 3. 33	
20 N., Josef	Geiselbullach	Hilfsarbeiter		SH		26. 3. 33	Beleidigende Äußerung.
21 F., Ludwig	Geiselbullach	Hilfsarbeiter		SH		26. 3. 33	Wahlpropaganda für KPD.
22 W., Peter	Emmering	Ziegeleiarb.	Mitgl. der Erwerbslosenkomm.	SH		26. 3. 33	
23 K., Gustav	Olching	Pens. Werkmeister		SH		vorges. f.	K. erlitt Nervenzusammenbruch (Haftunfähigkeit).
24 D., Michael	Eichenau	Hilfsarbeiter		SH		27. 3. 33	»Rege Betätigung als Kommunist«.
25 N., Martin	Eichenau	Hilfsarbeiter		SH		28. 3. 33	»
26 S., Andreas	F'bruck	Elektromech.	KPD	SH		28. 3. 33	»
27 S., Peter	Eichenau	Gemeinderat	Rote Arbeiterliste	Amtsenth.		28. 3. 33	»
28 B., Nikolaus	Neugermering	Schreiner	KPD	SH		28. 3. 33	Widerstand gegen Gendarmerie.
29 V., Berta	Eichenau	Sängerin		SH		März 1933	»Rege Betätigung als Kommunist«.
30 T., Georg	Olching	Hilfsarbeiter	SPD	SH		30. 3. 33	»Hetze gegen Reichsregierung«.
31 H., Ludwig	Olching	Hilfsarbeiter		SH		30. 3. 33	»
32 N., Josef	F'bruck	Heizer		SH		30. 3. 33	Früher für die KPD tätig.
33 D., Georg	Olching	Hilfsarbeiter	SPD	SH		30. 3. 33	»Als Hetzer viel hervorgetreten«.
34 A., Josef	Gröbenzell	Installateur		SH		30. 3. 33	»Hetze gegen die Regierung«.
35 F., Julius	F'bruck	Viehhändler		SH		30. 3. 33	Jude
36 P., Josef	F'bruck	Viehhändler		SH		30. 3. 33	Jude
37 S., Heinrich	Gröbenzell	Maurer	KPD	SH		30. 3. 33	»Kommunistenführer«
38 D., Georg	Gröbenzell	Ingenieur		SH		30. 3. 33	»Geistiges Haupt der Kommunisten«.
39 S., Josef	Gröbenzell	Zimmermann		SH		30. 3. 33	»Hetze gegen die Regierung«.
40 L., Matthias	Gröbenzell	Zimmermann	Reichsb.	SH		30. 3. 33	»Hetze«

Lfd. Nr.	Name	Wohnort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahmen	Datum	Grund/Sonstige Anmerkungen
41 W., Wolfgang		Gröbenzell	Maurer	Reichsb.	SH	30. 3. 33	»Hetze«
42 B., Michael		Emmering	Ziegeleiarb.	Reichsb.	SH	30. 3. 33	Wahlagitation.
43 B., Josef		Mammendorf	Schlosser		SH	5. 4. 33	Kritische Äußerung.
44 S., Ludwig		Emmering	Metzgermstr.		SH	17. 4. 33	Antinazistische Reaktion aus Verärgerung.
45 M., Albert		Olching	Hilfsarbeiter		SH	14. 5. 33	Angeblicher Waffenbesitz, Bedrohung von NSDAP-Leuten.
46 B., Andreas		Eichenau	Maurer		SH	14. 5. 33	»Hetze gegen die Regierung«, kritische Äußerungen.
47 L., Hugo		Gröbenzell	Gewerksch.		SH	Mai 1933	?
48 N., Michael		F'bruck	Mechaniker	SPD	SH	4. 6. 33	SPD-Funktionär
49 J., Peter		F'bruck	Buchdrucker	Reichsb. Kolping-V.	SH, KZ	16. 6./ 4. 8. 33	Herstellung von Flugblättern mit Bezug auf die Reglementierung des kirchl. Vereinslebens.
50 R., Johann		F'bruck	Arbeiter		SH	22. 6. 33	Singen kommunistischer Lieder.
51 R., Heinrich		F'bruck	Arbeiter		SH	22. 6. 33	„
52 S., Karl		F'bruck	Arbeiter		SH	22. 6. 33	„
53 G., Georg		Eichenau	Lumpensammler		SH	22. 6. 33	„
54 U., Josef		F'bruck	Mechaniker		SH	24. 6. 33	Besitz von Waffen und kommunist. Literatur.
55 R., Albert		Olching	Landtagsabgeordneter	SPD	SH, KZ	24. 7. 33	Bei Hausdurchsuchung vorgefundene Korrespondenz.
56 P., Fritz		Olching	Arbeiter	KPD	SH	Anf. Juli	Bekennnis zur Partei, Waffenbesitz.
57 L., Karl		Olching	Arbeiter	KPD	SH	Anf. Juli	„
58 W., Maria		Neugermering	Vorarbeiterin		SH	26. 7. 33	Beleidigung eines Hitlerbildes, kommunist. Äußerung.
59 T., Kain		Kottgeisering	Maurer		SH	nach 30. 7. 33	Kritische Äußerung.
60 R., Johann		Türkenfeld	Mechaniker		SH, KZ	Aug. 1933	?
61 B., Anton			Hilfsarbeiter		SH	28. 8. 33	
62 M., Ferdinand		Vogach	Landwirt		SH	Aug./Sept. 1933	Abfällige Äußerungen über die SA.
63 H.		Germering	Maurer		SH, KZ		(Entlassung aus KZ: 12. 9. 33)
64 S., Simon		Maisach	Rangiergeh.		SH	30. 9. 33	Beschimpfung der Reichsregierung.
65 E., Jakob		Olching			SH	10. 8. 33	Kritische Äußerung.
66 S., Ludwig		Olching			SH	12. 8. 33	Kritische Äußerung.
67 G., Johann		Althegenbg.	1. Bürgerm.	SPD	SH	Nov./Dez. 1933	Angebliche Äußerung, die dauernden Sammlungen seien organisierter Diebstahl.
68 N., Karl		Grunertshfn.	Landwirt		SH	Dez. 33 bis Mai 34	Äußerung, die Regierung taue nichts. Hitler sei schon recht, aber die Unterführer seien Lumpen.
69 K., Peter		Deisenhofen	Bauer		Geldstrafe	März bis Juni 34	Erzählen eines politischen Witzes.
70 S., Hugo		F'bruck	Schriftsteller		SoG	1933/34	Kritische Äußerungen. Frspr.
71 G., Bruno		Gröbenzell			SoG (4 MG)	1933	Behauptung, auch die Nazis könnten den Reichstag angezündet haben.
72 T., Jakob		Eichenau	Maurer		SoG (3 MG)	1933	Kritische Äußerungen über die Regierung.
73 S., Leonhard		Dünzelbach	Maurer		SoG		Aufforderung, bei der Wahl am 12. 11. 33 mit NEIN zu stimmen. Eröffng. d. Hauptverh. abgelehnt.
74 S., Josef		Mammendorf	Bauer		Geldstrafe	März bis Juni 34	Erzählen eines politischen Witzes.
75 L., Rudolf		Unteraltling	Kath. Pfarrer		Anz.	Sept. 1934	Angebliche Beleidigung eines SS-Mannes.
76 H., Alois		Gröbenzell	Kaufmann	KPD	SoG (10 MG)	1934/35	Behauptung, Göring habe den Reichstag angezündet.
77 B., Gustav		Gröbenzell	Techniker		SoG	1934/35	wie oben; Frspr.
78 K., Simon		Wildenroth	Schuhmacher		KZ	Jan. 1935	Arbeitshäftling
79 O., Josef		Purk	Schmied		Anz.	April 1935	Verächtliche Äußerungen über NSDAP.
80 S., Ferdinand		F'bruck	Müller		SoG (3 MG)	1935 ff	Kritische Äußerung über die Volksmeinung.
81 K., Jacob		Mittelstetten	Ziegeleibes.		Erm.	Okt. bis Dez. 1935	»Staatsabträgliches Verhalten«. V. e.
82 M., Michael		Eichenau	Vers.-Vertr.		SoG (60,- Strafe)	1935	Kritische Äußerung.
83 T., Paul		Geltendorf	Bauer und Arbeiter		Anz.	Nov. 1935	Äußerung, »die ‚Hitler‘ hätten noch nie einen Wert besessen, es sind alles Zigeuner«.
84 F., Johann		Graßfling	Hilfsarbeiter		SoG (6 WG)	1935	Kritische Äußerung über Autobahnbau.
85 B., Josef		Olching	Kaplan		Verwarnung der BPP	1935 i. A.	Äußerung, die Schüler kennen zwar NS-, aber keine religiösen Lieder.
86 D., Georg (wie Nr. 33)		Olching	Hilfsarbeiter	SPD	SoG (3 MG)		Beschimpfung Hitlers.
87 M., Jakob		Hausen b. G.	Gastwirt, Bauer		Anz.	1936	Verächtliche Äußerungen über Hitler und die NSDAP.
88 W., Martin		F'bruck	Gütermakler		SoG (4 MG)	1936 ff	Äußerung, Hitler sei ein »Spinaterer« (=Homosexueller).
89 K., Rudolf			Schreiner	Kolping	Antrag auf Reichs- verweisung Bericht, Erm.	1936 ff	Verdacht auf deutschfeindliche Nachrichtentätigkeit.
90 T., Johann		Olching	Kaplan			März bis Juni 1936	T. hat bei der RT-Wahl 36 in einem Wahllokal die Art der Wahl kritisiert und ohne zu wählen das Lokal verlassen.
91 B., Franz		Gröbenzell			SoG	1936	Erzählen eines politischen Witzes. Frspr.

Lfd. Nr.	Name	Wohnort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahmen	Datum	Grund/Sonstige Anmerkungen
92	Sch., Franz Xaver	Neuried	Maurer	SPD Reichsb.	Anz.	April 36 bis April 38	Sch. äußert Zweifel am Ausgang der letzten Wahl; »Die Führer der Partei sind ja lauter Gauner«. Trug zur Arbeit ein Reichsb.-Hemd. Spionage-Verdacht
93	A., Georg	Wildenroth	Kunstmaler		Postüberwachung	Mai 36 bis Okt. 37	
94	D., Georg	Steindorf	Bauer		Anz.	22. 7. 36	Äußerung, es werde zuviel gebaut, weshalb noch alles zusammenbrechen werde.
95	Sch., Josef	Maisach	Maler		?	Sept. 1936	Zu widerhandlung gegen das Heimtückegesetz. Äußerungen über die Rüstungsstätten als Mordfabriken, statt derer besser Wohnungen gebaut würden.
96	St., Michael	Rottbach	Schuhmacher		Anz.	Okt. 36 bis März 37	St. hat nach der Machtergreifung eine schwarze Jacke, ein weißes Handtuch und einen roten Unterrock aus dem Fenster gehängt. V. e.
97	M., Michael	Moorenweis	Bauer		Anz.	Okt. 1936	Abträgliche Äußerung über Partei und Staat. V. e.
98	M., Georg	Moorenweis	Bauer		Anz.	Okt. 1936	Äußerung gegen NSDAP. V. e.
99	S., Burkhardt	Moorenweis	Bauer		Anz.	Okt. bis Dez. 1936	Schimpfen über Hitler aufgrund des Erbhofgesetzes. V. e.
100	U., Josef	U'schweinbach	Schneidermeister		Anz.	März 1937	Abfällige Äußerungen über SA und SS.
101	R., Matthias	Aufkirchen	Hilfsgeistl.		Gend.-Bericht	Sept. 1937	»Kanzelmaßbrauch«
102	W., Josef	Puchheim	Hilfsarbeiter		SoG (6 WG)		Abwertende Äußerung über Hitler.
103	S., Hugo	Schöngesing	Maler		SoG (4 M 2 WG)		Kritische Äußerung über Görings Frau.
104	S., Josef	Gröbenzell	Hilfsarbeiter		SoG (3 M G)	1937 f	Politische Äußerung.
105	D., Georg	Adelshofen	Expositus		SoG	1938	Abfällige Äußerung über die Deutschen. V. e.
106	D., Albert	F'bruck	Förster		SoG	1938	Angebliche Äußerung über den Wirtschaftsplan und Schwarze Korps. V. e.
107	H., Matthias	F'bruck	Vorarbeiter		SoG	1938	Schimpfen über die Kritiklosigkeit der Leute und über Hitler. V. e.
108	T., Julius	F'bruck	Rittmeister		SoG, SH	1938	Schimpfen über ein Hitlerbild.
109	R., Magdalena	F'bruck	Zugeherin		SoG (4 M G)	1938	Politische Äußerung im Zusammenhang mit der SH ihres Dienstherrn (Vgl. Nr. 108).
110	W., Benno	Gröbenzell	Hilfsarbeiter		SoG	1938	Behauptung, während seiner Teilnahme an einer Artillerieübung sei alle paar Tage jemand erschossen worden. V. e.
111	D., Josef	Hohenzell	Bauer		SoG	1938	Äußerung über NSDAP. V. e. (Amnestie).
112	K., Kurt u. Berta	Eichenau	Schlosser		Erm.	April 38 bis Juli 41	Überwachung wegen Rückkehr aus der SU.
113	C., Theodor	Eichenau	Dipl.-Landw.		SoG	1938	Kritische Äußerung. V. e.
114	NN	F'bruck	Offizier		Verhaftung	Sept. 1938	Abfällige Bemerkung über Hitler in der Öffentlichkeit. V. e. wegen angeblicher Geisteskrankheit; Einweisung in eine Anstalt.
115	S., Sebastian	Adelshofen	Schreiner		SoG	1938	Schimpfen über Mobilmachung. V. e. (Amnestie).
116	M., Josefa	F'bruck	Kassiererin		Verhaftung	Nov./Dez. 1938	Behauptung eines weiteren Attentats auf Hitler im Fall des Gelingens des Anschlags im Bürgerbräukellers (sie!).
117	B., Maria	Adelshofen	Krämers- tochter		SoG	1938	Nannte Hitler einen »Hanswurst«. V. e. (Amnestie).
118	W., Georg	Gernlinden	Landwirt		SoG	1939	Politische Äußerung. V. e.
119	A., Andreas	Esting	Schneider		SoG	1938 f	Äußerung, ein Jude sei ihm lieber wie ein NSler. V. e.
120	S., Fritz	F'bruck	Major		SoG	1938 f	Verweigerung des deutschen Grußes. V. e.
121	D., Matthias	F'bruck	Fuhruntern.		SoG	1939	Äußerung gegen d. Regime in München. V. e.
122	K., Karl	F'bruck	Schlosser		SoG	1939	Politische Äußerung. V. e.
123	N., Katharina	F'bruck	Bierbrauers- ehfrau		SoG	1939	Politische Äußerung. V. e.
124	B., Franz	Germering	Hilfsarbeiter	früher NSDAP	SoG	1939	Äußerung über Regierung und Westwall.
125	H., Max	Germering	Monteur		SoG	1939	Politische Äußerung. V. e.
126	Z., Friedrich	Grafath	Feinmechan.		SoG	1939	Z. schoß auf einen Polizisten, erhängte sich in seiner Zelle am Tag nach der Hauptverhandlung.
127	W., Josef	Graßlfing	Hilfsarbeiter		SoG	1939	Kritische Äußerung über das Regime. V. e.
128	W., Johann	Puchheim	Gütler		SoG	1939	Äußerungen über die politische Lage. Anordnung der Hauptverhandlung abgelehnt.
129	K., Helga	Schöngesing	Gastwirtin		SoG	1939	Äußerung über Regime. V. e.
130	K., Ferdinand	Unterpfaffenhofen	Kath. Pfarrer		SoG	1939	Kritische Äußerung zur Schulpolitik. Verfahren in ein anderes Verfahren übernommen.
131	derselbe				SoG	1940	Kritische Äußerung gegen Kirchenpolitik. Hauptverhandlung wegen des vorhersehbareren Todes von K. abgesetzt.
132	P., Johann	Maisach	Friseur		Meldung	Sept. 1939	Äußerung, es sollten nur die in den Krieg ziehen, die das ganze Jahr »Heil Hitler« schreien. »Dazu gehöre ich nicht. Ich bin nicht so dumm.«

Lfd. Nr.	Name	Wohnort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahmen	Datum	Grund/Sonstige Anmerkungen
133	R., Ida und Adolf	F'bruck	Rentner		Verwarnung	Nov./Dez. 1939	Verdacht staatsfeindlicher Betätigung aufgrund eines an sie gerichteten Briefes.
134	W., Ferdinand	F'bruck	Hotelleiter		SoG	1939 f	Schrieb auf einen Abreißkalender: »Millionen sind im Gefängnis. Helft!« V. e.
135	R., Anton	Kottgeisering	Rentner		Verwarnung	Dez. 1939	Gerücht über Erschießung Hitlers.
136	S., F. X. u. Emilie	Eichenau	Maurer		SoG	1939	Bemerkung über Hitler und die HJ. V. e.
137	E., Maria	F'bruck	Tagelöhnerin		SoG	Nov. 39 bis Jan. 40	Äußerung nach Hitler-Attentat: »Wenn er nur hin gewesen wäre.«
138	H., Georg	F'bruck	Immobilienhändler		SoG	1939/40	Verbreitung des Gerüchts, am 9. Nov. 1939 sei ein Attentat geplant. V. e.
139	S., Maria	F'bruck			SoG	1939/40	Abhören ausländischer Sender (Strafantrag von Polizei zurückgezogen).
140	M., Hedwig	F'bruck	Malerin		SoG	1939/40	wie oben
141	J., Johann	Eichenau	Schreiner		SoG		Politische Äußerung. V. e. (Amnestie).
142	E.-B., Leonhard	Eichenau	Mechaniker		SoG (10 M G)	1940	Behauptung, Deutschland müsse den Krieg verlieren.
143	K., Eugen	Germerswang	Dienstknecht		SoG	1939/40	Angebliche Äußerung, Hitler und Göring gehöre der Kopf abgeschnitten.
144	S., Karl	Unterpffaffenhofen	Lebensmittelhändler		Erm.	Dez. 1942	S. habe bereits Ende 39 abfällige Äußerungen über Hitler gemacht (Attentat).
145	D., Franz	Adelshofen	Gastwirt		SoG	1940	Abfällige Äußerungen über Hitler. V. e.
146	S., Wolfgang	F'bruck	Hilfsarbeiter		Verwarnung i. A. der Gestapo	1940	Äußerung, am 9. Nov. 1939 komme was ganz anderes, da komme was für den Führer.
147	R., Andreas	Oberdorf	Landwirt		SoG		Äußerung über Hitlers Forderungen an Polen. V. e.
148	F., Luise	Neu-Esting			SoG (3 M G)		Behauptung, SS- und SA-Männer hätten in Polen gestohlene Sachen in Särgen transportiert, vor denen deutsche Soldaten Spalier stehen mußten, als ob sich Gefallene darin befänden.
149	S., Margarete	F'bruck	Witwe		SoG	1940	Äußerung, nach dem Krieg werde man mit Hitler abrechnen. V. e.
150	S., Magdalena	Peretshofen	Haustochter		SoG		Abfällige Äußerung über d. dtsh. Gruß. V. e.
151	S., Therese	Purk	Bäuerin		Strenge Verwarnung	Dez. 1940	Äußerung, sie könne keine Taube umbringen, aber den Hitler (Beweisnot, deshalb nur Verwarnung).
152	K., Kurt	Gernlinden	Gärtner	SPD	SoG	1940 - 42	Krit. Äußerung über Krieg und Politik. Frspr.
153	S., Alois	Türkenfeld	Arbeiter		(4 J G)	1941	»Wehrkraftzersetzung«
154	K., Julius	Gröbenzell	Früh. Polizei-Präsident von München		Überwachg. i. A. der Gestapo	1940-42	
155	S., Johann	Puchheim-Bhf.	Hilfsarbeiter		SoG		Äußerung über Aufklärungsflüge über Frankreich und England. V. e.
156	E., Karl	Gernlinden	Maurermstr.	Ehem. PG	SoG (3 J G)	1941 - 44	Kritische Äußerung über Staatsführung.
157	Z., Anna	Gernlinden	Hilfsarb.-Ehefrau		SoG		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen. Frspr.
158	S., Marianne	Olching	polnische Landarbeiterin		SoG (2 J verschärftes Straflager)		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen.
159	S., Michael	Peretshofen	Bauer		SoG		Soll den Führer, die Kreisbauernschaft und Kreisleitung beleidigt haben.
160	F., Monika	Poigern	Dienstmagd		SoG (1 J 3 M G)		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen.
161	M., Anton	Unteraltling	polnischer Landarbeiter		SoG (1 J Straflager)		Deutschfeindliche Äußerungen.
162	K., Emma	F'bruck		Frauenbd. F'bruck	Ausschaltg. als 1. Vors.	Nov. 1941	K. gilt der Kreisleitung F'bruck als »aktive Gegnerin der nationalsozialistischen Weltanschauung« und »politisch unzuverlässig«.
163	B., Viktoria	Biburg	Gastwirts-tochter		(8 M G)	1941/42	Umgang mit franz. Kriegsgefangenen.
164	S., Franz	Gröbenzell	Kassier		(21 T pol. Haft)	März 1942	Hören von Feindsendern und Weitergabe der Informationen.
165	Pater M.	St. Ottilien	Mönch		Beobachtg.	März 1942	Verlesung eines Mölders-Briefes in Hattenhofen.
166	P., Alois Karl	F'bruck	Arbeiter		SoG (4 M G)	1942	Fluchthilfe für franz. Gefangenen.
167	R., Waldemar	Gröbenzell	Buchhalter		SoG (1 J 3 M G)	1942	Kritische und abwertende Äußerung über den Krieg und die Berichterstattung darüber.
168	Ch., Josef	Landsberied	ukrainischer Landarbeiter		SoG (2 J G)		Gefährliche Körperverletzung.
169	F.	Landsberied	polnischer Landarbeiter		SoG (4 J verschärftes Straflager)		Diebstahl
170	S., Stefan	Landsberied	Landarbeiter		SoG (8 M G)		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen, Fluchthilfe.
171	Z., Marie	Maisach	Landwirts-tochter		SoG (1 J 3 M Z)		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen.
172	S., Anna	Maisach	Schneiderin		SoG (1 J G)		»
173	S., Elisabeth	Maisach	Hausmagd		SoG (1 J G)		»

Lfd. Nr.	Name	Wohnort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahmen	Datum	Grund/Sonstige Anmerkungen
174	G., Magdalena	Maisach	Bauerntochter		SoG (1 J 2 M G)		"
175	S., Mathilde	Roggenstein	Köchin		SoG (6 M G)	1942-44	Politische Äußerung.
176	St., Otto	Ebertshausen	Pfarrer		Erm.	April/Mai 1942	Erwähnung eines Mölders-Briefes in einer Predigt.
177	L., Elisabeth	Unterpffaffenhofen	Büroangest.		Erm.	April/Juni 1942	Fertigung einer Abschrift eines Mölders-Briefes.
178	S., Hugo (Nr. 70)	F'bruck	Schriftsteller		Verwarnung und Gend.- Bericht	Nov. 1942	Erzählen eines politischen Witzes («Haben Sie schon einmal Göring-Speck gegessen? Nein? Die Sau ist noch nicht geschlachtet!«).
179	S., Georg	Steindorf	Pfarrer		Gend.- Bericht	März 1942	S. hält ungewöhnlich lange kirchliche Veranstaltungen, die den Bürgermeister zwingen, eine Heldengedenkfeier auf den späten Nachmittag zu verlegen.
180	R., Philipp	Gröbenzell	Bankkfm.	PG	SoG (6 M G)	1942	Politische Äußerung.
181	P., Johann	Maisach	Friseur		SoG		Äußerung über Militär. V. e.
182	D., Jan	Maisach	polnischer Hilfsarbeiter		SoG (5 J verschärftes Straflager)		Diebstahl
183	K., Katharina	Mittelstetten	Melkerin		SoG (10 M G)		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen.
184	H., Peter	Neu-Esting	Rentner	SPD	SoG (1 J Z)		Abhören ausländischer Sender.
185	S., Fanny	Türkenfeld	Dienstmagd		SoG (2 J Z, 2 J E)		Umgang mit franz. Kriegsgefangenen.
186	G., Josef	Geltendorf	Zimmermann		Polizeihaft	Jan./Nov. 1943	Abhören ausländischer Sender.
187	M., Georg	Emmering	Mechaniker		SoG (5 J Z, 200,- Strafe, 4 J E)	1942/44	Schwarzschlachten
188	K., Engelbert	München	Schneider	KPD	SoG (8 J Z, 2000,- Strafe)		E. K. wegen Vorbereitung zum Hochverrat am 28. 6. 1944 hingerichtet, war 1934 - 39 im KZ Dachau.
189	S., Josef	F'bruck	Friseur		300,- Strafe	März/Juli 1943	S. hat in seinem Geschäft einen länger wartenden Polen vor einem Offizier bedient - gegen dessen Protest.
190	F., Rosa	Germering			SoG (3 M G)	1943	Gerücht über Lebensborn.
191	K., Stanislaus				SH, KZ	Dez. 1943	Mitteilung, daß St. K. im KZ Flossenbürg gestorben ist.
192	S., Maria	Vogach			SH, KZ	26. 5. 44	Mitteilung über den Tod der Maria S. im KZ Ravensbrück.
193	R., Innozenz	Geiselbullach	Schachtmstr.		6 MG	Juli 1944	Äußerung nach dem Sturz Mussolinis, nun werde der »andere« auch bald gehen.
194	N., Karl	Gröbenzell	Ehem. KPD-MdL		Weisung d. Gestapo zur Festnahme	Sept. 1944	»Regel Verkehr mit Ostarbeitern«.
195	R., Johann	Emmering	Arbeiter		Verhaftung	Okt. 1944	Abhören ausländischer Sender.

(Schluß folgt)

Anmerkungen:

¹ Zum Begriff der Resistenz wie zum Forschungsansatz des IfZ-Projekts siehe *Großmann*, Amperland 18 (1982) 286 f. oder - ausführlicher - *Martin Broszat* u. a.: Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München-Wien 1977, S. 12 ff.

² Siehe vor allem Teil 2 dieser Arbeit im nächsten Heft.

³ Das Fürstenfeldbrucker Wochenblatt weist einen Stimmengewinn von 4154 aus; die tatsächliche Differenz der beiden Stimmergebnisse beträgt jedoch 4114.

⁴ Diese »BVP-Orte« sind: Adelshofen, Aich, Alling I, Biburg, Dünzelbach, Eismerszell, Emmering, Eresried, Fürstenfeldbruck I

und II, Germerswang, Grunertshofen, Günzlhofen, Hattenhofen, Hausen b. G., Hörbach, Holzhausen, Jesenwang, Landsberied, Luttenwang, Malching, Mammendorf, Moorenweis, Oberschweinbach, Oberweikertshofen, Pffaffenhofen, Puch, Purk, Steinbach, Überacker, Wenigmünchen und Zankenhausen.

⁵ Bayr. Staatsarchiv München LRA 11 118.

⁶ Vgl. die mehrbändige, der Öffentlichkeit aber nicht zugängliche Dokumentation »Widerstand und Verfolgung in Bayern«.

Anschrift des Verfassers:

Manfred Bosch, Neumattenweg 30, 7888 Rheinfelden

Widerstand und Verfolgung im Kreis Fürstfeldbruck

Sozialgeschichtliche Beiträge aus dem Landkreis Fürstfeldbruck III

Von Manfred Bosch

(Fortsetzung)

Die Niederlage der Arbeiterparteien

Den Nationalsozialisten stand bei ihrem Machtantritt eine relativ gefestigte, wenn auch unterschiedlich kampfbereite und teilweise resignierende parteipolitische Linke gegenüber, die zu einer Einigung nicht fähig schien. Ihre Lage war vor allem durch eine offene Feindschaft geprägt, die eine sachliche Verständigung angesichts des zur Macht drängenden Nationalsozialismus nicht zuließ. Die aus den politischen Gegensätzen herrührenden Barrieren wurden erst unter dem Druck und Terror der Diktatur niedriger; aber 1930 wurden sozialdemokratische Kundgebungen, wie etwa zu den Reichstagswahlen im Brucker Jungbräusaal, von den Kommunisten noch gestört. Den tiefen Graben zwischen SPD und KPD verdeutlicht ein kommunistischer Zeitungsbericht von Ende 1931, der die Geltung des damaligen Verhältnisses zwischen den beiden Parteien generell auch für den Kreis Fürstfeldbruck unterstreicht. Unter dem Titel »Glänzende Massenversammlung der KPD in Olching. Bürgermeister Tauschek von der Olchinger Arbeiterschaft als Sozialfaschist entlarvt« wiederholt der Artikel in einer unsäglichen und suggestiven Sprache die ganze rhetorische Hilflosigkeit und Gedankenarmut der kommunistischen Sprachregelung jener Zeit. Die Olchinger Arbeiterschaft habe eine Antwort von den Kommunisten verlangt, weil sie wisse, daß »die sozialdemokratische Führung zu feige ist, den Nazis . . . in öffentlicher Versammlung Rede und Antwort zu stehen. Genosse Suderland referierte ausführlich über das von der Olchinger Arbeiterschaft verlangte Thema. Er überzeugte den letzten (!) Versammlungsteilnehmer, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen Hitler und Brüning überhaupt nicht besteht, weil beide Vertreter des gleichen Systems mit nur ungleicher Taktik sind. Mit eindringlichen Worten zeigte der Referent auf, daß der Weg des ‚kleineren Übels‘ (Tolerierung Brünings bis zum Krepieren durch die SPD) der gerade Weg bis zum letzten Stadium des Faschismus ist. Nun ergriff, vom Versammlungsleiter aufgefordert, Bürgermeister Tauschek das Wort, um all das armselige Gewinsel wiederzukäuen, was die ‚Münchener Post‘ an Hilflosigkeitseingeständnissen in den letzten Wochen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aufgewartet hatte . . . bekamen die Olchinger Arbeiter den abgedroschenen Quark reformistischer Verdummungspolitik zu hören.«¹ Es ist klar, daß eine so »argumentierende« KPD sich von vornherein jeder Möglichkeit zur Warnung vor gefährlichen Rechtsentwicklungen beraubte und ernstzuneh-

mende Einflußmöglichkeiten auf die von ihr so gern zitierten Massen verloren hatte, ganz abgesehen von der Möglichkeit, für das in der Illegalität propagierte Einheitsfrontbündnis Partner zu finden. SPD und ihre Republikenschutz-Organisationen (Reichsbanner und Eiserne Front) gaben sich auf der anderen Seite sträflichen Illusionen über eine Mobilisierung ihrer Anhänger und Sympathisanten »auf Abruf« hin; vor allem aber ließ eine müde und lasche Parteiführung die vielfach auf politische Auseinandersetzung drängende Parteibasis im Stich. Die Stellungnahme Michael Neumeiers jr., damals Reichsbannerführer in Fürstfeldbruck, zeigt die Enttäuschung vieler Sozialdemokraten: »In Bruck haben wir uns schon verständigt, wenn etwas sein sollte. Auf der persönlichen Ebene; über die Partei ist da nichts gegangen. Das haben hauptsächlich die vom Reichsbanner gemacht. Aktiv waren das in Bruck ca. 35 Mann. Die also fest dabei waren. Wir waren uniformiert und hatten einen Punkt im Landkreis ausgemacht, wo wir uns treffen um das Weitere dann zu unternehmen. Aber es ist ein Befehl nicht gekommen von München. In München ist ja auch nichts geschehen, als sie das Gewerkschaftshaus gestürmt haben.«²

Was so die politische Landschaft auch im Landkreis Fürstfeldbruck am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme bestimmte, war eine nicht nur gesplante, sondern sich gegenseitig befehlende Linke auf der einen, eine unter dem Eindruck von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Depression psychotisch um sich greifende und opportunistisch verstärkte nazistische Massenstimmung auf der anderen Seite mit einer stark abbröckelnden rechten Mitte, die im wesentlichen abzuwarten schien – jedenfalls ließ sich für den Landkreis Fürstfeldbruck kein Hinweis für das von Wilhelm Hoegner behauptete und angeblich in der Luft liegende Bündnis zwischen SPD und BVP finden. Anschaulich bringt diese politische Situation ein Zeitungsbericht zum Ausdruck, der zugleich belegt, wie die eher auf unpolitische Wirkung spekulierenden Nazis unmittelbar von der Spaltung der Linken profitierten: »Ein politischer Sonntag in Fürstfeldbruck. Nicht weniger als drei politische Richtungen kamen gestern zu Wort: Vormittags Aufmarsch der Hitlerleute, nachmittags Kundgebung der Eisernen Front und abends Wahlversammlung der Kommunisten. Wollen wir unseren Bericht bei den Letzteren anfangen. Etwa 15 Kommunisten und 55 Sozialdemokraten füllten nachmittags um 5 Uhr das Lokal in der ‚Sonne‘. Die beiden jugendlichen kommunistischen Redner warfen den Sozialdemokraten die Schuld an dem Nichtzustande-

kommen der proletarischen Einheitsfront vor. Diese wiederum vertraten in der Diskussion den Standpunkt, daß mit der Gewaltmethode der Kommunisten nichts zu erreichen sei . . . Gleichfalls sehr ruhig wickelte sich die Kundgebung der Sozialdemokraten im Jungbräusaal ab, der bereits vor Beginn der Versammlung wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte. Die Ausführungen der beiden Redner wandten sich ausschließlich gegen den Nationalsozialismus und gegen die von ihm tolerierte Regierung Papen. Nach der Versammlung marschierte der aus etwa 100 Mann bestehende uniformierte Saalschutz zum Weißen Bräuhaus. Gehörte der Nachmittag der Eisernen Front, so war der Vormittag den Hitlerleuten reserviert . . . Einen etwas gar theatralischen Eindruck machte ein Trupp Braunhemden, der gestieft und gespornt einherzog . . . «³

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung

Die nationalsozialistischen Machthaber gingen entschlossen an die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Arbeitervereinskultur (Arbeitergesangsvereine und -sportvereine, Naturfreunde und Arbeiterwohlfahrt u. ä.), ihrer Parteien und Organisationen. Formale Grundlage dafür war die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933. Gegen Personen wurde vorrangig Schutzhaft verhängt; sie traf in einer ersten Verhaftungswelle vor allem Kommunisten und wenige sozialdemokratische Funktionäre. Persönliche Auseinandersetzungen aus der Endzeit der Weimarer Republik spielten dabei verständlicherweise ebenso eine Rolle, wie andererseits der bloße Verdacht »staatsfeindlicher Tätigkeit« oder oppositioneller Gesinnung für eine Schutzhaftverhängung ausreichte. Neben Listen mit Schutzhaftempfehlungen durch SA-Funktionäre sind für einzelne Personen des Landkreises ausführliche Begründungen erhalten wie etwa die folgende eines SA-Sturmführers: »Bei der damals stattgefundenen Erfassung sämtlicher Führer von der SPD und des Reichsbanners wurde auch der hiesige ehemalige Bürgermeister Tauschek mit eingeliefert. Brachte es aber fertig, daß er schon nach kurzer Zeit wieder entlassen wurde, weil der nationalsozialistische Bürgermeister die Entlassung befürwortete. Die gesamte (!) nationale Bevölkerung wie die unter dem Terror besonders gelittene (!) SA konnte es nicht verstehen, daß man (!) diesen SPD-Bonzen so schnell wieder freiließ, der während seiner Amtszeit wohl eine beispiellose Hetze und Terror gegen unsere Bewegung ausgeübt hat . . . Nach dem Brande des Reichstagsgebäudes erlaubte er sich zu behaupten, Göring hätte den Reichstag selbst anzünden lassen, also Hetze über Hetze. Und das sollte diesem SPD-Bonzen so schnell vergessen sein? Da sich nun herausgestellt hat, daß er seit seiner Entlassung aus der damaligen Schutzhaft immer noch mit seinen alten SPD-Funktionären (Roßhaupter etc.) im Verkehr stand und die Vermutung nahe liegt, gegen uns agitiert (!), sah ich mich veranlaßt, ihn wieder in Schutzhaft zu nehmen. Dies allein schon (!) sollte genügen, ihn für längere Zeit zu internieren.«⁴ Welche Bedeutung die Nationalsozialisten der Ausschaltung oppositioneller Personen und Organisationen beimaßen, geht aus einem hektographierten Schreiben des Bezirksamts an alle Gendarmeriestationen vom August

1933 hervor, in dem diese beauftragt werden, »wo nötig unter Zurückstellung anderer Aufgaben, ihre ganze Kraft und Aufmerksamkeit der schärfsten Überwachung der Kommunisten und der kommunistischen Bewegung zu widmen«. Die kommunistische Gefahr könne keineswegs als überwunden gelten; »die Bekämpfung der Kommunisten ist daher die z. Zt. wichtigste Aufgabe der Polizei, der gegenüber alle anderen Aufgaben zurücktreten müssen. Sie kann jetzt auch in viel wirkungs- und erfolgreicherer Weise durchgeführt werden als früher . . . «⁵

Die Verfolgung der Sozialdemokraten

Eine zweite Verhaftungswelle rollte gegen die Sozialdemokratie Anfang Juni 1933, die bis dahin noch halblegal existieren konnte. Insgesamt 34 Sozialdemokraten⁶ im Landkreis wurden festgenommen, einer davon, Michael Neumeier sen., wurde anschließend ins KZ Dachau überstellt. An die Abholung erinnert sich sein Sohn Michael Neumeier jr.: »Da ist die Polizei gekommen und da war auch ein SA-Mann dabei. Da ist uns nichts passiert. Die haben ihre Schutzhaftbefehle vorgezeigt, dann haben wir gleich mitmüssen. Anziehen und mit. Wie mein Vater von Dachau gekommen ist, die vier Monate, da hat er so ausgesehen, wie er vorm Gartentor gestanden ist, daß meine Mutter ihn momentan gar nicht erkannt hat. Im Bezirksgefängnis war er nur 14 Tage, dann ist er nach Dachau gekommen.«⁷

Bei einigen Sozialdemokraten blieb es nicht bei einer einmaligen Festnahme. Neben dem Olchinger Bürgermeister Tauschek wurde auch der spätere bayerische Arbeitsminister Albert Roßhaupter, damals SPD-MdL, ein zweites Mal verhaftet. Das erste Mal, weil bei der Haussuchung vom 23. Juli 1933 Schriftstücke gefunden wurden, »bei denen die Annahme nicht von der Hand zu weisen war, daß sie für eine ausländische Zeitung bestimmt sind, um gegen Deutschland zu arbeiten«. »Voll Erbitterung schilderte Roßhaupter mir«, schreibt Wilhelm Hoegner in seiner Autobiographie, »wie nach Beginn der Naziherrschaft alte Bekannte vor ihm ausgespuckt und ihm das Leben auf jede Weise sauer gemacht hätten. Er hatte sich mit dem Verkauf von Gemüse durchgebracht, das er in seinem kleinen Besitztum in Olching zog und das er täglich zu Fuß nach München brachte. Zweimal hatte man ihn für längere Zeit in das Konzentrationslager gesteckt und länger als andere behalten.«⁸ Daß über die Außenkommandos des KZs Dachau Inhaftierte auch in den Landkreis selbst kamen, belegt folgende zynische Notiz des Amper-Boten vom 7. September 1933: »Schon seit einigen Wochen kann man im Moor beim Eichenhof Gefangene arbeiten sehen. Wie wir nun dazu erfahren, hat die Verwaltung des Dachauer Konzentrationslagers vom Pg. Gutsbesitzer Dinkler, Gröbenzell, Torf (bzw. Torfstich) gekauft, den die Lagerinsassen nun selbst stechen. Für diese Arbeit sind ca. 160 Mann ausersehen worden, und zwar sollen es meist Leute aus dem Donaumoos sein, die mit dem Torfstechen und -behandeln bereits vertraut waren. Da größere Quantitäten in Frage kommen dürften, ist noch mit längerer Dauer dieser Torfarbeiten zu rechnen. Die unter SS- und SA-Bewachung stehende Inhaftierten-Gruppe ist im Dinklerschen Gutshofe selbst einquartiert und soll sich in der Freizeit mit Spiel, Sport usw. aufs beste unter-

halten. Tagsüber kann man die Schutzhäftlinge frohgemut arbeiten sehen. Annäherungen oder Gespräche mit fremden Personen sind den Torfarbeitern selbstverständlich ebenso untersagt wie den beim Lager selbst Arbeitenden. Auch hier wird die Bevölkerung ersucht, nicht unnötig herumzustehen.⁹

Die Absicht der Schutzhaft, einzuschüchtern und die Betroffenen innerlich zu brechen, tat ihre Wirkung mitunter sehr gründlich, wie das Beispiel eines Gröbenzeller SPD-Gemeinderats und Gewerkschafters belegt. Nach Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung, daß er zu Hause weder Material noch Waffen habe, wurde er aus der Schutzhaft entlassen, um in einem würdelosen Schreiben an die Politische Polizei im Bezirksamt die Ablieferung aller fraglichen politischen Schriften anzuzeigen, für sich selbst um gelegentliche Aufsicht zu bitten und schließlich anzubieten, bei seinen »früheren Gesinnungsgenossen eine baldige innere Umstellung herbeizuführen«.¹⁰

Der organisierte Widerstand der Arbeiterparteien

Für eine planmäßige und kontinuierliche Widerstandsarbeit in den Reihen der Arbeiterbewegung sind nicht allzu viele Belege zu finden. Im Interesse der unter illegalen Bedingungen zu befürchtenden politischen Desorientierung und Isolierung der einzelnen Mitglieder lagen zunächst informelle Kontakte und weltanschaulicher Zusammenhalt; darüber hinaus muß aber sowohl für die SPD wie – in stärkerem Maße – für die im allgemeinen viel risikobereitere KPD von einer mitunter regen Widerstandstätigkeit ausgegangen werden mit konspirativen Treffs, Flugblatt-, Streuzettel- und Plakataktionen sowie Zusammenkünften zur Diskussion der politischen Lage und Entwicklung. Vermutlich gehen die im Kreis Fürstenfeldbruck aufgefundenen »Klebe- und Handzettel gegnerischen Inhalts«¹¹ von denen der Lagebericht an den Reichsinnenminister für August 1934 berichtete, auf das Konto einer organisierten Widerstandsarbeit. Im Juli 1934 wurden illegale kommunistische Ortsgruppen in Olching, Gröbenzell und Eichenau ausgehoben, die »die illegale Arbeit in vollem Umfang aufgenommen, Beiträge kassiert, Schriften verbreitet und angestrebte Versuche unternommen hatten, in den Ortschaften ihrer Umgebung kommunistische Zellen und weitere Ortsgruppen zu gründen«.¹² Im Monatsbericht der bayerischen Polizei vom 1. November 1935 wird von der blitzartigen Festnahme von 11 Personen berichtet, die als »Rote Rebellen« u. a. in Germering und Unterpaffenhofen »sich für die illegale SPD betätigt und illegale sozialdemokratische Schriften zum Zweck der Weiterverbreitung« empfangen hatten.¹³ In den Bereich der Betriebsarbeit, einen traditionellen Agitationsbereich der Kommunisten, fiel die Festnahme eines Ziegeleiarbeiters aus Hofhegenberg, der seine Mitarbeiter zum Streik aufgefordert hatte, um die Absetzung des Betriebsobmanns zu erzwingen.¹⁴ Fürstenfeldbruck war mehrfach Treff für kommunistische Funktionäre, so bei der Übergabe von für Augsburg bestimmten Plakaten zum 1. Mai¹⁵ oder bei der Berichterstattung an Vertreter der Münchner KPD über die Erfolge beim Aufbau der Augsburger Roten Hilfe.¹⁶

Der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK)

Viefältige Spuren einer relativ kleinen, dafür wirkungs-

voll und diszipliniert arbeitenden Gruppe, des ISK, weisen in den Westen des Landkreises Fürstenfeldbruck, der als ungefähre Mitte zwischen den süddeutschen ISK-Zentren Augsburg und München eine gewisse Bedeutung erlangen sollte. Der 1917/18 von Leonhard Nelson gegründete »Internationale Jugendbund« wurde 1925 aus der SPD ausgeschlossen und konstituierte sich als ISK neu; er verstand sich als Kaderpartei, die sich für die »Verwirklichung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft« einsetzte und im wesentlichen bis 1938 ohne personelle Verluste arbeiten konnte.¹⁷ Seit etwa Anfang 1935 war es zu intensiven Kontakten zwischen Augsburger und Münchner Mitgliedern gekommen, die sich im Mai 1935 zum ersten Mal bei Haspelmoor¹⁸ trafen. Teilnehmer waren u. a. die beiden Münchner Ludwig Koch und Hans Lehnert, die über illegale Aktionen an anderen Orten Deutschlands berichteten. Dabei erhielten die Augsburger auch die Reinhart-Briefe,¹⁹ mit denen sie bis Herbst 1937 laufend versorgt werden sollten.²⁰ Bei dem Treffen tarnte man sich als Wanderverein.²¹

Eine genauere Vorstellung von der Art und Qualität dieses Widerstandes gibt das Volksgerichtshofurteil gegen Ludwig Koch von 1939;²² in dem auch von einem weiteren Treffen im August 1936 in Nannhofen die Rede ist. Dorthin war auch ein Ehepaar Walch gekommen, das Instruktionen erhielt für die illegale Betriebsarbeit – dafür wurden ihm auch Werbeschriften in Aussicht gestellt. Die Zusammenkunft, bei der wiederum die Reinhart-Briefe eine Rolle spielten, dauerte sechs Stunden und galt Fragen der Flugblattherstellung und der illegalen Arbeit, daneben wurde auch der Einsatz chemischer Mittel bei der Anbringung antifaschistischer Losungen und von Klebezetteln vor allem in Arbeitervierteln erörtert. Im Herbst 1936 fand ein weiteres Treffen in Geltendorf;²³ im August 1937 eines in Fürstenfeldbruck²⁴ statt. Gleichzeitig dienten diese Treffen der politischen Schulung.

Aber auch für den individuellen Widerstand gibt es zahlreiche Belege; dessen Brisanz und Entschiedenheit mögen einige wenige Beispiele belegen: so war ein Werbeplakat für die Waffen-SS im Bahnhof Germering im März 1942 mit »Arbeitermörder« übermalt; im Oktober 1944 prangte auf der Maisacher Gemeindetafel die Losung »Nieder mit Hitler!« und im Oktober 1943 wurden im Dienstbezirk der Gendarmerie Grafrath Streuzettel gefunden mit Parolen wie »Wenn wir nicht Schluß machen, wird Deutschland das zweite Stalingrad«, »Nieder mit Hitler, bevor es zu spät ist, der Krieg ist schon längst verloren« und »Hitler verrecke, der Malergeselle ist ein Verbrecher«.²⁵

(Schluß folgt)

Anmerkungen:

¹ Neue Zeitung Nr. 172 v. 24. 11. 1931.

² Gespräch mit dem Verfasser, geführt in Fürstenfeldbruck im Juli 1982. Tonbandabschrift.

³ Fürstenfeldbrucker Wochenblatt v. 18. 7. 1932.

⁴ BStA München, LRA 11 118.

⁵ Ergänze: als noch Grundrechte zu beachten waren! BStA München, LRA 11 118.

⁶ Diese Zahl geben sowohl Michael Neumeier (siehe Anm. 2) als auch Helmut Geys in »75 Jahre Brucker Sozialdemokratie 1902 bis 1977. Kleine Chronik des SPD-Ortsvereins Fürstenfeldbruck« an.

⁷ Gespräch mit Michael Neumeier vom Juli 1982.

⁸ W. Hoegner: Der schwierige Außenseiter. Isar-Verlag 1959, S. 190.

- ⁹ Zit. nach Manfred Geis u. a.: *Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945. Grundlagen und Materialien.* Bonn 1982, S. 385.
- ¹⁰ BStA München, LRA 11 118.
- ¹¹ BHStA München MA 106 691.
- ¹² Bericht der Bayerischen Politischen Polizei über die illegalen marxistischen Bewegungen in Bayern 1934, 2. 1. 1935. Zit. nach M. Broszat u. a. (Hrsg.): *Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte.* München/Wien 1977, S. 233.
- ¹³ Ebenda 245 und Emil Werner: *Die Freiheit hat ihren Preis. Die bayerische Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zum Widerstand im NS-Staat.* München 1979, S. 173.
- ¹⁴ Nach M. Broszat, wie oben, S. 256.
- ¹⁵ Nach M. Broszat u. a.: *Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt.* Teil B, München/Wien 1981, S. 171.
- ¹⁶ Ebenda 169.
- ¹⁷ Vgl. hierzu Heike Bretschneider: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945.* München 1968, S. 126ff und M. Broszat u. a. (Hrsg.): *Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt.* Teil B, S. 205ff.
- ¹⁸ Ebenda 207.
- ¹⁹ Diese für die illegale Arbeit wichtigen Briefe galten den NS-Behörden als »in Miniaturdruck auf dünnstem Papier hergestellte

- Druckschriften von kleinem Format mit staatsfeindlichem hochverräterischem Inhalt. Sie kritisieren in abfälliger Weise die Wirtschaftspolitik der Regierung, prophezeien den baldigen wirtschaftlichen Zusammenbruch, hetzen die Arbeiter gegen die Lohnpolitik der Regierung auf, bekämpfen die militärischen Rüstungen, berichten über den angeblichen Widerstand, der allorts gegen die Maßnahmen der Regierung hervortrete, beschimpfen die führenden Persönlichkeiten des 3. Reiches usw.« Zit. nach Urteilsschrift gegen M. Koch, Institut für Zeitgeschichte, Fa 117/57.
- ²⁰ M. Broszat u. a. (Hrsg.): *Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt.* Teil B, S. 207.
- ²¹ Ludwig Linsert: *Aus meiner Widerstandsarbeit.* In: R. Löwenthal/P. von zur Mühlen (Hrsg.): *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945.* Bonn/Berlin 1982, S. 80.
- ²² Institut für Zeitgeschichte, Fa 117/56.
- ²³ Broszat u. a. (Hrsg.): *Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt.* Teil B, S. 211.
- ²⁴ Ebenda 211.
- ²⁵ BStA München, LRA 131 698.

Anschrift des Verfassers:

Manfred Bosch, Neumattenweg 30, 7888 Rheinfelden

Widerstand und Verfolgung im Kreis Fürstfeldbruck

Sozialgeschichtliche Beiträge aus dem Landkreis Fürstfeldbruck III

Von Manfred Bosch

(Schluß)

Zum Protestpotential der Kirche

Der Begriff des »katholischen Milieus«, den Carl Amery 1963 in seinem Buch »Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute«²⁶ eingeführt hat, scheint geeignet, wichtige Kriterien und Unterscheidungsmerkmale zwischen dem kirchlichen und weithin auch dem ländlichen Verhalten einerseits und dem der Arbeiterbewegung andererseits zu verdeutlichen. Amery hatte mit ihm eine Erscheinung bezeichnet, die den Nationalsozialismus vor allem als Versuch erlebte, in gewachsene und tradierte Wertvorstellungen einzudringen und schließlich ganz mit ihnen aufzuräumen; daneben meinte er freilich auch einen Realsinn der katholischen Bevölkerung, dem die pompöse Arroganz und das schlechte Pathos der Nazis zuwider war.

Der amerysche Begriff hatte freilich auch seine katholizismus-kritische Bedeutung; hier zielte er vor allem auf die Tatsache eines prinzipiellen Konsens mit dem System bei nur partieller Protestbereitschaft, die sich vor allem da regte, wo es um Angriffe gegen religiöse Bräuche und auf die kirchliche Gemeindegarbeit ging. Verantwortlich

hierfür war vor allem eine gemeinsame Plattform aus Antiliberalismus und Antisozialismus wie Autoritarismus, auf der sich sowohl Katholizismus wie Nationalsozialismus trafen. »Zu Protesten von seiten der Kirche und der Gemeinden kam es«, so resümiert denn auch eine kritische Stimme, »als das Euthanasieprogramm der Nazis bekannt wurde, betraf dies doch ebenso wie die Sterilisationen Fragen, die eher zum religiös-moralischen Gedankengut der Christen gehörten als der ‚weltliche‘ Bereich. So nimmt es denn nicht wunder, daß vergleichbare Proteste in den Gemeinden bei den Verfolgungen von Kommunisten, Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, ja sogar bei der zunehmenden Verfolgung der Juden, nicht laut wurden. Und es darf nicht übersehen werden, daß diejenigen Kirchenmänner, die offen dagegen Stellung bezogen und dafür verfolgt oder sogar ermordet wurden, bis 1945 von den Kirchenleitungen kaum zur Kenntnis genommen wurden.«²⁷

Da dieser Sicht aufgrund der neueren Forschung, zumindest für die ersten Jahre, mehr Gewicht beigemessen werden muß als jener »schimmernden Aureole der Resistance-Legende« (Amery), mag sie hier als These dienen, die der Leser freilich kritisch an den folgenden Beispielen zu

überprüfen hat. Jedenfalls paßt nicht jeder der hier mitgeteilten Fälle so nahtlos ins Schema dieser These wie der Seelsorgebericht einer Gemeinde des westlichen Landkreises für 1935. In ihm ist von der Sorge des Pfarrers um die Zukunft der Kirche und seiner Gemeinde zu lesen, da erfahren wir von der Unterbindung der katholischen Jugendarbeit und daß die letzte Sitzung unter Polizeiaufsicht gestanden habe, da ist von der allein kulturbildenden Kraft der Kirche anhand eines Berichts über eine Primiz die Rede²⁸ – aber wo sich nationalsozialistische »Sozialpolitik« und kirchlicher Autoritarismus, wenn auch aus ganz verschiedenen Motiven, decken, da geht diesem Pfarrer auch die voller Genugtuung steckende Feststellung relativ leicht aus der Feder, daß ein Alkoholiker im Dorf, »der als unverbesserlich galt, jetzt im 2. Jahre aus Furcht vor Dachau musterhaft nüchtern« lebt; eine Wendung, die sich in den Seelsorgeberichten verschiedentlich wiederholt. Dieses Spekulieren auf den »nützlichen Nebeneffekt« eines KZ – man wird es als Symptom jener teilweisen scheinbaren Interessenkoinzidenz zwischen Kirche und Nationalsozialismus werten müssen, deren Grundlagen mit der Dauer der Naziherrschaft von der Kirche selbst mehr und mehr revidiert wurden. Mit den wachsenden Eingriffsversuchen in kirchliche Angelegenheiten jedenfalls wuchs auch die Oppositionsbereitschaft. Was Franz Sonnenberger in einer Monographie die »kräftige Gegenmobilisation der kirchenfrommen Bevölkerung«²⁹ nennt, hat seine Entsprechung jedenfalls auch im Kreis Bruck: als zum Beispiel über die klösterlichen Lehrkräfte in Olching und Fürstenfeldbruck Erhebungen angestellt wurden, kam es zu einer breit angelegten Aktion, in deren Verlauf sich 168 erziehungsberechtigte Frauen in eine Protestliste eintrugen und gegen die Entlassung von Schulschwestern protestierten, bis das Bezirksamt Bruck dagegen mit massiven Drohungen einschritt.³⁰

Verfolgung des kirchlichen Vereinslebens

Solche Versuche, die Katholische Kirche in Teilbereichen unter die nazistische Raison zu zwingen, hatten auch im Kreis Bruck eine Tradition seit Beginn des Nationalsozialismus; ihre Reihe läßt sich von der vertraulichen Anordnung zur Feststellung der Namen des Kolpingvereinsvorstandes³¹ und dem Vertriebsverbot des Blattes »Junge Front«³² über die Behinderung von Theateraufführungen³³ bis hin zu Maßnahmen verfolgen, die sich gegen als Gegner des Nationalsozialismus bekannte Personen richten. So wurde die Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes unter der Voraussetzung genehmigt, daß deren Leitung nicht der ersten Vorsitzenden übertragen wird, die als »aktive Gegnerin der nationalsozialistischen Weltanschauung« und als »politisch unzuverlässig«³⁴ galt. Es mag die Stärke der Kirche beleuchten, daß dabei mitunter auf äußerlich-formale Begründungen zurückgegriffen werden mußte; eine Pfarrfamilienfeier in Eichenau verbot das Bezirksamt Bruck etwa damit, daß die offizielle Einladung »objektiv irreführend« sei.³⁵ Mit welchen Repressionen gegen das kirchliche Vereinswesen vorgegangen wurde, mag der Fall des 1932 gegründeten Mädchenvereins Weiße Rose in Emmering zeigen, dem ab 1934 kein eigentliches Vereinsleben mehr gestattet wurde (bis dahin hatten sich zweimal wöchentlich drei bis sechs Mädchen zum Nähen, Stricken und zu Gesell-

schaftsspielen und religiösen Übungen getroffen). Von einem bis Oktober 1935 im Amt befindlichen Gemeinderat hatte man in diesem Zusammenhang verlangt, die Zusammenkünfte dieser Gruppe in seinem Hause zu unterbinden, andernfalls solle er aus seinem Posten ausscheiden. Der Mann gab seinen Posten auf.³⁶

Zwei weitere, aus dem Bisherigen herausfallende Ereignisse sind mehr politischen Charakters: Anläßlich einer Wahl 1936 kritisierte ein Olchinger Kaplan die Art des öffentlichen Wählens und verließ den Wahlraum, ohne selbst gewählt zu haben,³⁷ und bereits im Juni 1933 hatte ein Angehöriger des Kolpingvereins und lediger Buchdrucker 500 Flugblätter auf den Namen der NSDAP-Kreisleitung gedruckt, in denen er kritisch auf die Ereignisse während des Münchner Gesellentags Bezug nahm.³⁸ Er kam ins KZ Dachau.

Die Resistenz der Landbevölkerung

Analoge Tendenzen wie bei der Kirche – tendenzieller Konsens bei Bereitschaft zu mitunter risikoreichem Protest in Einzelbereichen – lassen sich im Oppositionsverhalten der bäuerlichen und ländlichen Bevölkerung beobachten. Nicht wie Teile der Arbeiterschaft von antagonistischen Erfahrungen bestimmt, war ihre Kritik oft nur partiell und unterschied oft genug zwischen dem an und für sich Richtigen und den Mißbräuchen und Auswüchsen, die in seinem Namen begangen wurden. Symptomatisch hierfür mag die Aussage eines Grunertshofener Bauern stehen, Hitler sei schon recht, aber die Unterführer seien Lumpen.³⁹ Einer solchen Haltung lassen sich freilich auch konträre Fälle gegenüberstellen, so etwa jene, in denen bedauert wird, daß Hitler bei den Attentaten nicht getötet worden sei oder wenn eigene Tötungswünsche artikuliert werden. Und für bäuerliches Denken sicher nicht typisch, dennoch aufschlußreich ist ein Hinweis, den ich Toni Drexler, Hörbach, verdanke: Weil er seine Großmutter von Hitler nie anders als von »diesem Schweine-Hitler« habe reden hören, habe er noch lange bis nach seinem 10. Lebensjahr geglaubt, daß dies sein richtiger Name sei.⁴⁰ Im Gegensatz zu den explizit politischen Gruppen, die als erklärte Gegner des Nationalsozialismus zu gelten haben, erwies der Nationalsozialismus seine verhängnisvolle Rolle für die bäuerliche Bevölkerung erst im Laufe der Zeit und am deutlichsten sicher mit Beginn des Krieges, der weitere Einengungen der Anbaufreiheit, der Preisfestsetzung und den Abzug der Bauernsöhne von den Höfen bedeutete. Erstaunlicherweise schlagen sich solche primäre, in der besonderen Situation der Landbevölkerung liegende Gründe in der Gesamtheit der Oppositionsmotive nicht sehr auffallend nieder. Der bäuerliche Realsinn macht sich anscheinend eher in zahlreichen »verächtlichen Äußerungen« Luft und revanchiert sich sozusagen »bei Gelegenheit« mit Unmutsverhalten wie im folgenden Fall des Verbots einer ländlichen Primizfeier im Freien. »In der Kirche fanden sich 12–1300 Menschen«, schreibt der die Primiz in Egenhofen beaufsichtigende Polizist ans Bezirksamt, »fast durchwegs bäuerliche Bevölkerung. Seitens der Kirche wurde nichts unternommen, was als Demonstration gegen den nationalsozialistischen Staat hätte aufgefaßt werden können. In den Reihen der Primiz-Teilnehmer wurden jedoch Stimmen laut, die das Verbot der

Abhaltung der Primiz im Freien sehr stark kritisierten. Fast die Hälfte der Teilnehmer zog nach den kirchlichen Handlungen gegen 11 Uhr mit dem Ausdruck starker Verärgerung von Egenhofen wieder ab, weil die Primiz im Freien abzuhalten verboten wurde. Sie verliehen ihrem Ärger dadurch Ausdruck, indem sie sagten, nichts mehr geben sie für das Winterhilfswerk. Den Ausdruck der Verärgerung zeigten die Teilnehmer nur unter sich und Gleichgesinnten und sehr geheim⁴¹. Auf eine andere Quelle für Konflikte zwischen Nationalsozialismus und ländlicher Bevölkerung hat Falk Wiesemann in einem Beitrag für die Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte aufmerksam gemacht⁴²: Im Zusammenhang mit dem Problem der Landflucht und der Knappheit landwirtschaftlicher Arbeiter gab es verschiedene Versuche und Anläufe zu einer rigorosen Disziplinierung entlaufener oder zu Unrecht kündigender Landarbeiter. Wiesemann führt aus dem Bezirk Bruck hierzu einige Fälle an und knüpft daran die Beobachtung, daß meistens »schon die Androhung von Schutzhaft . . . genügte, um Dienstboten und Landarbeiter gefügig zu machen«⁴³. Nachdem das Bezirksamt Bruck erfahren habe, daß eine landwirtschaftliche Arbeiterin ihren Dienstplatz verlassen wollte, hätte diese einen Revers unterschreiben müssen, wonach sie »im Falle des Bruches des Dienstvertrages mit der Rückführung zu rechnen hätte. Gegebenenfalls würde sogar ihre Überweisung in ein Konzentrationslager beantragt werden«. Daß es sich dabei nicht um eine einmalige Drohung handelte, belegt der Fall eines Knechtes, den ebenfalls Wiesemann mitteilt: Nachdem ihm »ausdrücklich« bekannt gegeben worden sei, »daß er die Einlieferung in das Konzentrationslager nach Dachau zu gewärtigen habe, im Falle er nochmals seinen Dienstplatz verläßt«, kehrte der Knecht an seine alte Arbeitsstelle zurück.⁴⁴

Insgesamt hat sich die bäuerliche Bevölkerung gegen den vehementen Einbruch in ihren Alltag auf ihre Weise, aber mit vielfältigen Formen immer wieder gewehrt: durch die Entfernung von Wahlaufrufen in Moorenweis⁴⁵, durch das Erzählen politischer Witze oder das ostentative Sich-hinwegsetzen über das »Feindsender«-Verbot wie im Fall eines Dorfes im südlichen Landkreis.⁴⁶ Hier hatte eine Störnäherin und spätere Denunziantin aufgrund ihrer »erheblich anderen Ansicht« zu wenig Arbeit bei den Bauern. In einem Protokoll berichtet die Frau: »Gelegentlich einer Unterhaltung mit einer Bekannten in . . . über die politische Lage und über die nationalsozialistische Einstellung verschiedener Ortsbewohner, kamen wir auch über den ledigen Käser X. und über die Landwirtseheleute Y. zu sprechen. Ich erzählte dabei, daß ich alle Abends (!) bei dem ledigen Molkerei- und Käsereibesetzerssohn X. meine Milch hole. Ende August 1939, als ich gerade meine Milch holte, kam ich mit X. über die außenpolitische Lage zu sprechen. X. erklärte mir: ‚Wirst sehen, es kommt ein Krieg.‘ Als ich fragte, woher er das wisse, äußerte er sich: ‚Mußt mal den ausländischen Sender hören.‘ Er erzählte mir weiter, daß ihm der Radio das liebste sei, da höre er wenigstens was. Richtig ist, daß ich in der Küche des X. wiederholt Burschen sitzen sah, die den Radio hörten. Ob diese Burschen Auslandssender abhörten, kann ich ebenfalls nicht behaupten . . . « Während ihres eineinhalbjährigen Aufenthaltes in dem Dorf, berichtete die Frau, habe sie »die Gesinnung der

Bevölkerung so ziemlich kennengelernt« und mußte feststellen, daß »die meisten nicht besonders für die heutige Regierung eingestellt« sind.

In unserem Streiflicht zu Widerstand und Verfolgung im Kreis Fürstfeldbruck sind uns ebenso zahlreiche wie unterschiedliche Formen des Protestes begegnet. Sie galten einem System, dessen totalitäre Ideologie aus den Mentalitäten eine willfähige Gefolgschaft zu machen gewillt war. Aber der Nationalsozialismus war kein monolithisches System und keine eiserne Herrschaft – dies zeigt auch eine Betrachtung der Vorgänge in einer eng begrenzten Region wie dem Landkreis Fürstfeldbruck. Gerade weil die Deutschen den Nationalsozialismus nicht aus eigener Kraft abzuschütteln vermochten, sind – auch regionale – Zeugnisse wichtig und erinnerenswert. Sie zeigen im eigenen Lebensbereich auf, daß »dort, wo Unterdrückung, auch Widerstand« war (Bertolt Brecht).

Anmerkungen:

²⁶ Reinbek 1963.

²⁷ Dieter Galinski, Ulrich Herbert, Ulla Lachauer (Hrsg.): nazis und nachbarn. schüler erforschen den alltag im nationalsozialismus. Reinbek 1982, S. 108 f.

²⁸ »Das war für das ganze obere Maisachtal ein herrlicher Tag in ersten Zeiten, ein Festtag, wie ihn nur die Kirche bieten kann. Deo gratias! Gloria in excelsis Deo!« Pfarrarchiv Grunertshofen.

²⁹ F. Sonnenberger: Der neue Kulturkampf. In: M. Broszat u. a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B, S. 235 ff, hier S. 300.

³⁰ BStA München, LRA 11 460. Zum Zusammenhang dieser Vorgänge vgl. F. Sonnenberger 300.

³¹ BStA München LRA 11 824.

³² BStA München LRA 11 742.

³³ BStA München LRA 11 822 und 11 824.

³⁴ BStA München LRA 131 698.

³⁵ Ebenda.

³⁶ BStA München LRA 11151

³⁷ BStA München LRA 11 237.

³⁸ BStA München LRA 11 118.

³⁹ BStA München LRA 11 187.

⁴⁰ Persönliche Mitteilung an den Verfasser.

⁴¹ BStA München LRA 11 822.

⁴² »Arbeitskonflikte in der Landwirtschaft während der NS-Zeit in Bayern 1933–1938«. In: Vjhefte f. Zeitgeschichte 25 (1977) 573 ff.

⁴³ Ebenda 583.

⁴⁴ Ebenda 583.

⁴⁵ BStA München LRA 131 698.

⁴⁶ Sämtliche folgenden Zitate nach BStA München LRA 11 218.

Anschrift des Verfassers:

Manfred Bosch, Neumattenweg 30, 7888 Rheinfelden

Bilder im Moor

Die Birken träumen weit ins Land,
der Wind umspielt die schlanken –
ein Haus steht an der Erde Wand,
wie bald, dann wird es wanken.

Ein Moorhof träumt. Der stumme Bau
will mir so stumm nicht scheinen,
wenn über ihm das Himmelsblau
sich überzieht mit Weinen.

Die Erde schaut dich sinnend an
aus ihrer stillen Tiefe –
vielleicht sah dich der Moorgeist an,
wenn er des Tags nicht schliefte.

Juliane Böcker